

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Rolf Linkohr MdEP zur ESA-Tagung in Den Haag: Den Weltraum gemeinsam in Besitz nehmen.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft: Das Volk darf nicht zum Faktor am Rande werden (Teil I).

Seite 3

Dokumentation:

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, sprach zur Erinnerung an die Reichspogromnacht am 9. November 1938: Das Feuer der brennenden Synagogen übersehen?

Seite 6

42. Jahrgang / 214

9. November 1987

Den Weltraum gemeinsam in Besitz nehmen

Gedanken zur heute in Den Haag beginnenden ESA-Tagung

Von Rolf Linkohr MdEP

In den nächsten zehn bis zwanzig Jahren tritt die Weltraumfahrt in ein neues Stadium ihrer Expansion in den extraterrestrischen Raum, wenn sich die Pläne der Raumfahrtbehörden in einigen großen Ländern der Erde auch nur teilweise erfüllen. Angestrebt wird eine ständig bemannte Raumstation. Die Raumfahrt wird damit zur kostspieligsten Einzelunternehmung der daran beteiligten Staaten. Auch die ESA - Westeuropas Raumfahrtbehörde - hat Pläne, mit einer eigenen Trägerrakete (Ariane 5) und einem Raumfahrzeug (Hermes) eine europäische Raumstation zu bauen. In einer Zwischenstufe soll gemeinsam mit den USA und Japan eine internationale Raumstation erstellt werden, bei deren Bau die USA die führende Rolle übernehmen. Es ist allerdings noch nicht sicher, ob die drei beteiligten Partner eine Einigung über die Nutzung erzielen können. Europäer und Japaner haben deutlich gemacht, daß eine militärische Nutzung durch die USA ihre Beteiligung beenden wird. Europa würde dann auf den Bau von Columbus zugunsten eines verstärkten Engagements für Hermes verzichten. Pläne bestehen außerdem für horizontal startende und landende Hyperschallflugzeuge (HOTOL und Sänger).

Präsenz im Weltraum bedeutet Information und damit Macht. Die Darstellung von Macht verheißt Prestige und die Motive für Weltraumfahrt sind somit entgegen vieler anderslautender Schutzbehauptungen weniger die Sehnsucht nach vermehrtem Wissen oder die Vermehrung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, sondern vielmehr Selbstdarstellung und Herrschaft. Deshalb haben sich gerade die beiden Supermächte USA und UdSSR von Anfang an ein erbittertes Rennen um den ersten Platz im Weltraum geliefert. Ihre Ausgaben übersteigen jene der Europäer um ein Vielfaches.

Wenn der Wettlauf um nationale Präsenz im Weltraum anhält, werden nach Lage der Dinge auch die Europäer ihre Anstrengungen in der Raumfahrt erhöhen, um nicht von wichtigen Informationen abgeschnitten zu werden. Der Weltraum würde damit zum kostspieligen Kampfplatz der Industrieländer, die auf diese Weise ihre machtpolitische Gleichstellung unterstreichen.

Zur zivilen Expansion ins All gesellt sich die militärische. Allerdings nehmen daran die Europäer keinen Anteil, sieht man einmal von einzelnen Beteteiligungen europäischer Firmen am SDI-Forschungsprojekt ab. Es besteht auch keine Absicht, militärische Präsenz im Weltraum anzumelden. Doch kann nicht übersehen werden, daß die technische Nähe ziviler und militärischer Projekte zu einem langsamen Eindiffundieren militärischen Denkens in die Weltraumfahrt führt. Schließlich arbeiten oft dieselben Firmen an zivilen Vorhaben und SDI-Projekten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verminsteter Umweltschutz
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Das Vordringen in den Weltraum findet unter mangelhaften Spielregeln statt. Das Weltraumrecht ist solange ein Torso, wie es keine International verbindliche Schiedsinstanz gibt. So interpretiert jeder den Weltraumvertrag auf seine Weise und die Militarisierung des Weltraums verläuft ungehindert. Solange insbesondere im Weltraum Wissen Macht bedeutet, bietet sich als realistischer Ausweg nur eine Strategie an, die alle am Wissen beteiligt. Drei Forderungen leiten sich daraus ab:

1. Die Inbesitznahme des Weltraums findet gemeinsam statt. Das Stichwort heißt Internationalisierung.
2. Weltraumfahrt muß zivilen Zielen dienen. Die Militarisierung des Weltraums muß gestoppt werden.
3. Weltraumfahrt muß einen sichtbaren Nutzen für uns auf der Erde haben.

Die Strategie der Teilhabe und der zivile Charakter der Raumfahrt würden diese nicht nur billiger machen, durch gemeinsame Unternehmen würden Fantasie und die Faszination des letzten großen Abenteurers der Menschheit in ein Unternehmen münden, das die Kooperation der Konkurrenz überordnet. Ein Nebeneffekt wäre wahrscheinlich, daß die Bereitschaft der Regierungen, Mittel für die Raumfahrt zur Verfügung zu stellen, in dem Maße sinkt, wie die militärische Nutzung zurückgeht.

Wünschbar wäre eine Initiative der in der ESA zusammengeschlossenen Staaten oder der Europäischen Gemeinschaft, den drei Kriterien - international, zivil, nützlich - Geltung zu verschaffen. Dazu müßte die Kooperation mit den anderen Weltraumstaaten, also auch mit der UdSSR spürbar erweitert werden, ohne vorerst die eigene Autonomie infrage zu stellen. In einem weiteren Schritt könnten dann gemeinsame und arbeitsteilige Entwicklungen ins Auge gefaßt werden, etwa eine gemeinsam betriebene Weltraumstation.

Die Anstrengungen in der Weltraumtechnik begründen sich für die Europäer - falls sie überhaupt rational zu begründen sind - mit dem Wunsch nach Autonomie. Teilhabe heißt hier wörtlich, von wichtigen Informationen nicht abgeschnitten zu sein. Um welche Informationen es sich dabei handelt, ob sie für Europa wirklich überlebenswichtig sind, läßt sich aus heutiger Sicht schwer beurteilen. So wichtig Technologiefolge-Abschätzung auch ist, ihre Prognosefähigkeit ist begrenzt. Der Versuch muß aber immer wieder unternommen werden, denn leuchtende Pyramiden im Orbit mögen vielleicht ein toller Werbegag sein, angesichts der Kosten sind sie aber nicht zu verantworten.

Vermutlich werden die Kosten der Weltraumfahrt stark ansteigen, wenn die Pläne der ESA in die Tat umgesetzt werden. Andere Forschungsvorhaben geraten deshalb in Gefahr, drastisch beschnitten zu werden. Um dies zu vermeiden, wäre eine Haushaltsformel empfehlenswert, die den Anteil der Raumfahrt an den gesamten Forschungsausgaben von vornherein festlegt. Wächst dann tatsächlich der Weltraumetat aus, so wachsen die übrigen Ausgaben mit. Eine solche Haushaltsbremse wirkt heilsam, denn sie verhindert, daß die restliche Forderung in Zukunft von der Raumfahrt erdrückt wird.

Das Weltraumrecht zu verbessern, es vor allem mit einer verbindlichen Schiedsinstanz zu versehen, stünde Europa gut an. Es ist anzunehmen, daß sich einer solchen Initiative auch Japan, Kanada und andere Staaten anschließen, die sich auf den Vorstoß ins All vorbereiten. Die Pläne der ESA berechtigen nicht nur zu einer politischen Initiative der Europäer, sie machen sie auch zwingend nötig, wenn nicht das All praktisch ein rechtsfreier Raum bleiben soll.

Der Nutzen der Raumfahrt sollte zudem immer wieder belegt werden. Bei der Darstellung der Erfolge sollte deshalb weniger die verbesserte Schubkraft der nächsten Ariane-Generation im Vordergrund stehen, sondern die Antwort auf die Frage, was hat uns das alles gebracht. Von Vorteil wäre auch ein Vergleich mit anderen Forschungsvorhaben, um dem Vorurteil vorzubeugen, je mehr Raumfahrt betrieben würde, umso höher der Nutzen. In der Regel bringen die vielen kleinen Forschungsprojekte den Menschen mehr Nutzen als ein noch so gigantisches Großprojekt.

Eben weil sich Raumfahrt im Grenzbereich zwischen dem Realen und dem Irrrealen bewegt, weil sich in ihr Fantasie und Vernunft vermischen, muß das Abdriften in Science fiction von Anfang an verhindert werden. Raumfahrt braucht einen Faraday'schen Vernunftkäfig, der sie von monomanen Fantasiereisen abhält.

Wir müssen letztlich jenes Denken überwinden, das uns seit der Renaissance rastlos auf Suche nach neuen unentdeckten Räumen jagt, so als müßten wir ständig erobern. Welt angebrachter ist heute ein Verhalten, das uns Lösungen von Überlebensproblemen abverlangt. Dazu kann auch die Raumfahrt beitragen, doch ist nicht anzunehmen, daß von der Raumfahrt der Hauptbeitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt und zum Schutz der Umwelt zu erwarten ist. Deshalb darf die Förderung der Raumfahrt nicht zu Lasten anderer Vorhaben erfolgen.

(-/9.11.1987/vo-he/rs)



Das Volk darf nicht zum Faktor am Rande werden (Teil I)

Reflektionen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Die Aussage des Grundgesetzes, die Staatsgewalt werde vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt, ist nur ein Teil der Wahrheit. Einfluß auf die politischen Entscheidungen der staatlichen Organe wird auch zwischen den Wahlen in vielfältiger Weise ausgeübt. Für derartige Einflußmöglichkeiten gilt anders als bei Wahlen und Abstimmungen nicht das demokratische Gleichheitsprinzip, der Grundsatz „one-man-one-vote“. Zum Tragen kommt vielmehr, daß die Einflußmöglichkeiten des Einzelnen und der Gruppen sowie die gesellschaftliche, insbesondere die wirtschaftliche Macht, ungleich verteilt sind.

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung wird durch Wahlen und Abstimmungen nur zum Teil bestimmt. Sie hängt auch von Entscheidungen ab, die von den Machthabern in den politischen Parteien, den Verbänden, den Medien, in der Wissenschaft und in der Wirtschaft getroffen werden. Nur wenigen ist es vergönnt, persönlich auf diese Entscheidungen Einfluß zu nehmen und sie mitgestalten zu können. Die große Mehrzahl der Bürger hat nicht die Chance einer persönlich erlebbaren und erfahrbaren Mitwirkung und Mitbestimmung.

Aus diesem Sachverhalt ergeben sich Ungleichgewichte, die die demokratische Qualität unserer Gesellschaft und unseres Staates berühren. Ein unerläßliches Mittel zur Demokratisierung unserer Gesellschaft ist es, die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen zu stärken. Notwendig ist insbesondere, die Rigidität unseres Systems der repräsentativen Demokratie überall dort, wo das möglich ist und Sinn machen kann, durch Einbeziehung plebiszitärer Elemente zu lockern.

Mit der demokratischen Staatsverfassung des Bonner Grundgesetzes ist ein wesentliches sozialdemokratisches Ziel und zugleich eine unverzichtbare Voraussetzung für den demokratischen Sozialismus erreicht.

Im Irseer Entwurf ist die Rede von zahlreichen Mängeln des Staates und davon, daß er korrumpiert werde. Ferner wird festgestellt, daß ökonomisch mächtige Gruppen sich staatlicher Institutionen bedienen, um ihre Sonderinteressen auf Kosten der Mehrheit und des Gemeinwohls durchzusetzen. Worin diese zahlreichen Mängel bestehen, wodurch unser Staat korrumpiert wird und welche ökonomisch mächtigen Gruppen ihre Sonderinteressen auf Kosten der Mehrheit und des Gemeinwohls durchsetzen, wird nicht gesagt. Das muß aber gesagt und zusätzlich muß ausgeführt werden, was nach Auffassung der SPD dagegen getan werden kann.

Zu Recht ist die Aussage des Irseer Entwurfs kritisiert worden, die Bundesrepublik Deutschland sei dank der politischen Demokratie kein Klassenstaat mehr. Die Fragestellung, wenn man sie überhaupt im Grundsatzprogramm behandeln will, müßte lauten: Ist unsere Gesellschaft eine Klassengesellschaft? Gibt es in dieser eine herrschende Klasse? Ist unser Staat ein Machtinstrument der herrschenden Klasse?

Das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft ist noch keineswegs erreicht. Viele Merkmale einer Klassengesellschaft sind in der Tat noch vorhanden. Es existiert, wie darzulegen sein wird, ein bürgerliches Machtkartell, das über eine beträchtliche demokratisch nicht legitimierte wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht verfügt und damit politischen Einfluß ausübt, der im Widerspruch zur Demokratie steht. Andererseits sind aus der Klasse der rechtlosen Proletarier Staatsbürger gleichen Rechts geworden. Durch die Arbeiterbewegung mit den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei ist Gegenmacht in der Wirtschaft und in der Politik entstanden und die Bourgeoisie nicht mehr überrächtig.



Die Geschichte lehrt: Die Staatsgewalt ist sehr häufig für die Interessen von Minderheiten eingesetzt worden, zu Zwecken, die dem Gesamtwohl entgegenstanden und auch zu solchen, die nicht der Wertverwirklichung dienten, sondern gegen sittliche, moralische und rechtliche Gebote und Prinzipien verstießen. Insbesondere das Repressionsinstrumentarium (zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung) ist nicht nur zur Rechtsverwirklichung eingesetzt worden, sondern auch, um Unrecht zu bejahren, auch um Sonderinteressen und Gruppeninteressen gegen das Allgemeininteresse durchzusetzen. Die Staatsgewalt und die staatlichen Sanktionsmittel wurden und werden mißbraucht. Deshalb ist eine strikte Kontrolle der Staatsgewalt unerlässlich. Deshalb dürfen Befugnisse zur Anwendung staatlicher Gewalt nur zurückhaltend eingeräumt werden, nur wenn die Gewährung solcher Befugnisse im allgemeinen Interesse zweifelsfrei geboten ist.

Kritische Wachsamkeit ist deshalb am Platz gegenüber Bestrebungen, die Befugnisse der sogenannten Sicherheitsbehörden auszuweiten, und ihre personellen und sachlichen Mittel aufzustocken. Da die parlamentarische, justizielle und öffentliche Kontrolle der Sicherheitsbehörden jederzeit gewährleistet sein muß, darf es keine Geheimpolizei geben, Zugriff auf persönliche Daten nur unter den Voraussetzungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts; an die Stelle ungehinderten Datenaustauschs muß die informationelle Gewaltenteilung treten.

Die politischen Parteien wirken nach Artikel 21 GG „bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Falls damit ein Zustand beschrieben werden sollte, wäre das ein Understatement würdig für das Guinnessbuch der Rekorde.

Politische Parteien wirken nicht nur bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie stellen die Entscheidungsträger in nahezu allen staatlichen Einrichtungen (nicht nur die Abgeordneten der Volksvertretungen des Bundes, der Länder und der Kommunen). Dadurch bestimmen sie maßgeblich die Willensbildung in den staatlichen Einrichtungen. Zu diesen gehören nicht nur die unmittelbaren staatlichen Organe sondern auch halbstaatliche Einrichtungen. Diese Ämterpatronage der politischen Parteien ist, soweit sie über die eigentlichen Entscheidungsträger in den staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen hinausgeht und das tut sie in immer stärkerem Maße, bedenklich. Ihr muß entgegengewirkt werden.

Im Irseer Entwurf ist in dem Abschnitt „Politische Parteien“ in idealisierender Weise vornehmlich die Rede davon, wie es sein sollte. Wenig ist darüber zu lesen, wie es im Gegensatz dazu tatsächlich bestellt ist.

Die politischen Parteien repräsentieren nur einen mehr oder weniger großen Teil der Bevölkerung. Sie sind stets in Gefahr, ihre (wie sie sich intern selbst ausdrücken) „Klientel“ zu bevorzugen und zu begünstigen, und sie erliegen dieser Gefahr häufig.

Die politischen Parteien sind abhängig von der Zustimmung ihrer Wähler. Nicht selten machen die Wähler ihre Zustimmung von ihren persönlichen Interessen abhängig. Nicht selten beugen sich die Parteien solchen Wählerwünschen.

Besonders stark ist der Einfluß mächtiger Verbände auf die mit ihnen befreundeten und die von ihnen unterstützten Parteien. Verstärkt wird der Einfluß organisierter Interessengruppen auf die Parteien durch Doppelmitgliedschaften in Verbänden auf der einen und in einer politischen Partei auf der anderen Seite. Das bewirkt, daß in den Parteien Seilschaften der Verbände bestehen. Diese bilden bei der Besetzung von Schlüsselfunktionen wirkungsvolle Pressuregroups, so daß die Chancen von Einzelgängern und Außenseitern immer geringer werden.

Unverkennbar ist andererseits, daß politische Parteien Einfluß in gesellschaftlichen Gruppierungen suchen, umso intensiver je wichtiger die betreffende Gruppierung für sie ist. Das geschieht vorwiegend dadurch, daß versucht wird, Schlüsselfunktionen in gesellschaftlichen Gruppierungen durch (möglichst) „zuverlässige“ Parteimitglieder zu besetzen.

Auf diese Weise entsteht eine von außen schwer zu erkennende und selbst von innen schwer zu durchschauende Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit zwischen bestimmten politischen Parteien auf der einen und zu bestimmten gesellschaftlichen Verbänden auf der anderen Seite. Dadurch ist es zur Bildung einer Funktionärschicht gekommen, die ihre Macht auf Positionen in politischen Parteien und in diversen gesellschaftlichen Organisationen gründet. Diese Funktionärschicht ist bestrebt, ihre Konflikte nicht in offener Feldschlacht auszutragen, sondern in hinter den Kulissen stattfindenden Grabenkämpfen möglichst Agreements und Kompromisse zu finden, die das Eigenleben und das Eigeninteresse der professionellen Funktionärschicht wahren und ihre Macht nicht gefährden. Die Interessen der von den Funktionären Vertretenen und das Gesamtinteresse geraten dadurch leicht in die zweite oder gar dritte Linie.

Diese Profifunktionäre in Parteien und Verbänden haben sich zu einer eigenständigen, ihre Interessen verfolgenden gesellschaftlichen Kraft entwickeln können, weil die Mitglieder von gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien unterschiedlich intensiv am internen Meinungs- und Willensbildungsprozeß, an internen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen teilnehmen wollen oder können, so daß die Profis den entscheidenden Einfluß auf die innere Entwicklung in den Parteien und Verbänden erlangt haben.

(-/9.11.1987/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

* * *



DOKUMENTATION
=====

Heinz Galinski: Das Feuer der brennenden Synagogen übersehen?

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, sprach am Sonntag zur Erinnerung an die Reichspogromnacht am 9. November 1938 in Berlin. Wir dokumentieren einige Abschnitte aus seiner Rede, die sich mit der Leugnung der Judenvernichtung und den Lehren aus der Vergangenheit befassen.

Wenn ich an diese Nacht denke, komme ich nicht umhin, auch über die Tausende und Abertausende nachzudenken, die danach so oft betauerten, sie hätten von nichts gewußt. Mehr als viele andere Anlässe zeigen die Ereignisse der Pogromnacht deutlich die Zweifelhaftigkeit dieser Ausrede.

Haben sie die Scherben vor den jüdischen Geschäften am Morgen des 10. November nicht gesehen, die, die heute nichts gewußt haben wollen? Haben sie das Feuer der brennenden Synagogen übersehen? Waren sie blind für die gelben Sterne, die wir später auf unsere Kleidung nähen mußten? Für die besonderen Bänke in den Parkanlagen, mit dem Schild „Nur für Juden“? Sind ihnen die besonderen Einkaufszeiten nicht aufgefallen, zu denen wir die Geschäfte nur aufsuchen durften?

Sind sie nicht stutzig geworden, als immer wieder ein Jude plötzlich zum Platz seiner Zwangsarbeit nicht mehr erschienen ist? Konnten Sie es wirklich übersehen, daß ihre jüdischen Nachbarn systematisch aus ihren Wohnungen von der Gestapo abgeholt wurden? Das sind nur wenige von den vielen Fragen, die sich bei einer solchen Überlegung aufdrängen, und die einfache Antwort auf alle diese Fragen heißt - nein! Das lückenlose Funktionieren der Mordmaschinerie war nicht zu übersehen. Zu viele waren es, die ihr zum Opfer gefallen sind, als daß man glauben könnte, daß die Zahl der Täter, Mittäter und vor allem Mitwisser so gering war...

Um so höher wollen und müssen wir diejenigen würdigen, die in dieser Zeit des Schweigens freiwillig und unter Einsatz des eigenen Lebens ihren Platz an der Seite der Entrechteten und Verfolgten gefunden haben. Es waren vor allen Dingen die Menschen, die wir als die „Unbesungenen Helden“ kennen, und für die ihr Gewissen höher stand, als die eigene Existenz. Ihnen gilt unser höchster Respekt ebenso, wie der Bekennenden Kirche, die in mutigster Weise einen wahrhaft moralischen Standpunkt eingenommen hatte.

Es sind 49 Jahre seit jener Novembernacht vergangen und rückblickend auf die Zeit des Schreckens fragt man sich: wie sieht die Welt heute aus? Seit vierzig Jahren genießen wir in Europa den Frieden und das ist eine Tatsache, die weder als Selbstverständlichkeit angesehen werden sollte, noch als eine Garantie für die Zukunft. Mehr denn je ist heute der Friede in unserer hochgerüsteten Welt gefährdet und unsere Hoffnung, unsere einzige Chance liegt in der Fähigkeit der vier Mächte, die damals den Nationalsozialismus bezwungen haben, auch bei der Bewältigung der heutigen Probleme wieder zueinanderzufinden und enger zusammenzuarbeiten.

Das gilt für die Frage der Abrüstung genauso wie für die Bekämpfung der Armut in zweiten Teilen der Welt oder für die Probleme der Umwelt, um nur einige wenige aus einer langen Liste der Bedrohungen der Menschheit zu nennen. Wir, die wir die zehn langen Jahre vor einem halben Jahrhundert durchgemacht haben, wissen, daß die Erhaltung des Friedens das höchste Gut darstellt, und daß keine Mühe zu viel ist, um dies zu gewährleisten. Aber nicht nur den äußeren Frieden gilt es zu bewahren und zu schützen: unzertrennlich und unteilbar ist mit diesem der innere Friede verbunden als die Voraussetzung für die Wirksamkeit unserer demokratischen Gesellschaftsordnung, für die es auf der Welt keine Alternative gibt.

(-/9.11.1987/va-he/rs)

* * *

